

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**27. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 01.11.2016	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:45 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Andreas Sankewitz- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)		
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Henning Stabe- CDU		
Thomas Thalau- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nil Gersdorf- CDU		
Jean Paul Köpsell- SPD		
Natalie Regier- BfL		
Joachim Schlitzke- FDP		
Ulrike Siebdrat- SPD		
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Monika Borso-		nur ÖT
Sandro Dopp- GMHL (5.651)		
Dr. Michael Hamschmidt-		nur ÖT
Ulrich Kewitz- 2.500 - Soziale Sicherung		
Ralf Kuscmierz- FBC FB 2		
Beate Leu-		nur ÖT

Sigrid Roggensack-	nur ÖT
Elke Sasse-	nur ÖT
Dirk Schmüser- 2.500 - Soziale Sicherung	
Matthias Schröder- 2.502 - SIE	nur ÖT
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	nur ÖT
Matthias Wulf-	
Protokollführung	
Britta Bormann-	
Gäste	
Martha Deegen- Verein Aranat e.V.	nur ÖT
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Jale Isözen- Verein Tara e.V.	nur ÖT
Sabine Klawitter- Personalrat SIE	nur ÖT
Helmut Müller-Lornsen- stellvertr. Beauftragter für Menschen mit Behinderung	nur ÖT
Karin Oswald- Seniorenbeirat	nur ÖT
Christian Rettberg- Beauftragter für Menschen mit Behinderung	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Sylvia Topel- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Yavuz Berrakkarasu- BfL	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören Verabschiedung FRAU BADE - bisherige Beauftragte für Menschen mit Behinderung Begrüßung/Vorstellung HERR RETTBERG/HERR MÜLLER-LORNSSEN - neu bestellte Beauftragte für Menschen mit Behinderung
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.10.2016
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Stand der Fusion der Vereine Aranat e.V. und Tara e.V. - mündlicher Bericht Frau Deegen / Frau Isözen -
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017 Vorlage: VO/2016/04224
7.2.	Wirtschaftsplan 2017 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen Vorlage: VO/2016/04250
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.11.2016 Vorlage: VO/2016/04276
9.2.	Mietspiegel 2016
9.3.	Das PSG II und PSG III und deren Auswirkungen auf den Bereich 2.500 - Soziale Sicherung
10.	Anfragen/Antworten
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern

12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören Verabschiedung FRAU BADE - bisherige Beauftragte für Menschen mit Behinderung Begrüßung/Vorstellung HERR RETTBERG/HERR MÜLLER-LORNSSEN - neu bestellte Beauftragte für Menschen mit Behinderung
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Oswald vom Seniorenbeirat, eine Vertreterin der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Herr Berrakkarasu fehlt entschuldigt.

Herr Senator Schindler verabschiedet Frau Bade als Beauftragte für Menschen mit Behinderung und begrüßt den neuen Behindertenbeauftragten, Herrn Rettberg, sowie seinen Stellvertreter, Herrn Müller-Lornsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Unter dem TOP 9 werden weiterhin Mitteilungen zu folgenden Themen gegeben:

9.2 Mietspiegel 2016

9.3 Das PSG II und PSG III und deren Auswirkungen auf den Bereich 2.500 - Soziale Sicherung

In der Sitzung des Hauptausschusses am 11.10.2016 wurde die nichtöffentliche Vorlage 2016/04134 „Mietvertrag für den Standort Dr.-Julius-Leber-Straße 75 zur Unterbringung von Flüchtlingen“ zurückgestellt, da auf Wunsch des HA ergänzend noch eine vorlaufende Beratung der Angelegenheit sowohl im Ausschuss für Soziales als auch im Bauausschuss stattfinden soll. Im Anschluss wird die Vorlage dann erneut in der Sitzung des HA am 08.11.2016 behandelt.

Der Ausschuss ist mit einer nichtöffentlichen Beratung der Vorlage unter TOP 15.1 einverstanden.

Der Zuordnung der TOPe 13 und 14 sowie 16 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Frau Akyurt bringt ihren Unmut darüber zum Ausdruck, dass trotz der Absprachen in der Ausschusssitzung am 04.10.2016 das Thema „Vorstellung des Gewaltschutzkonzepts“ nicht auf die heutige Tagesordnung genommen wurde.

Frau Menorca, Herr Klinkel, Frau Zunft und Frau Sasse stimmen dem zu.

Herr Kewitz erklärt auf Nachfrage, das Konzept der Gemeindediakonie befinde sich noch in der Abstimmung; auch der neue Betreiber (Johanniter Unfallhilfe und DRK) wird ein Gewaltschutzkonzept mit dem Bereich abstimmen müssen.

Herr Senator Schindler sichert zu, dass die gewünschte Vorstellung in der kommenden Sitzung am 06.12.2016 erfolgen wird, zu der Frau Strutz-Hauch, Frau Eitel sowie VertreterInnen des neuen Betreibers eingeladen werden.

Es spricht außerdem Herr Schlitzke.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.10.2016
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

5.1 Weihnachtsfeste der SIE

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilte Liste.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Stand der Fusion der Vereine Aranat e.V. und Tara e.V. - mündlicher Bericht Frau Deegen / Frau Isözen -
---------------	--

Frau Deegen und Frau Isözen berichten über den aktuellen Stand der Fusion sowie über die

Finanzierung. Zum 01.01.2017 wird Frau Isözen die Räumlichkeiten bei Aranat beziehen. Auf das umverteilte Informationsmaterial wird verwiesen; es werden Fragen von Frau Bade und Frau Menorca beantwortet.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 7	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 7.1	Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017 Vorlage: VO/2016/04224
---------------	--

Auf Wunsch von Frau Akyurt stellt Herr Uhlig die Haushaltsentwicklung der Hansestadt Lübeck unter Einfügung einiger Besonderheiten des Fachbereiches 2 dar.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten wird mit den Veränderungen lt. **Anlage 1** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan **sowie**

Anlage 2a - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten

beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den **Maßnahmenlisten der Fachbereiche (Anlage 4)** werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2017 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderzahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
2. Der **Haushaltsbegleitbeschluss** zur Haushaltssatzung wird in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung gefasst.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der **Erträge** auf 780.676.500 EUR

	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	821.468.300	EUR
	einem Jahresüberschuss von einem Jahres fehlbetrag von	40.791.800	EUR
2.	im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Ver- waltungstätigkeit auf	758.811.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Ver- waltungstätigkeit auf	773.248.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstä- tigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	92.964.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	149.600.900	EUR

festgesetzt.

(Stand: 07.10.2016)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	27.884.200	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	60.542.600	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	450.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.337,02	Stand: 09/2016

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2017 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2016 (3.292,48 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2017 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017** festgesetzt: **3337,02 Planstellen**.

Auf Vorschlag von Herrn Schaffenberg nimmt der Ausschuss den Beschlussvorschlag einstimmig ohne Votum zur Kenntnis.

<p>zu 7.2 Wirtschaftsplan 2017 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen Vorlage: VO/2016/04250</p>

Frau Akyurt bittet um folgende Auskünfte:

Zu Seite 4/Ziffer 1 letzter Satz: "Aufgrund dieser umfangreichen Neuerungen stellt die Planung des Wirtschaftsjahres 2017 eine besondere Herausforderung dar und ist in Folge dessen mit Unsicherheiten behaftet."

Welche Unsicherheiten sind konkret gemeint?

Frau Roggensack erklärt ergänzend zu den Ausführungen in der Vorlage, dass nach der gesetzlichen Neuregelung u.a. Personen mit Pflegegrad 1 nicht mehr in eine vollstationäre Einrichtung aufgenommen werden. Damit geht auch einher eine Veränderung der BewohnerInnenstruktur.

Zudem sei ein neuer Rahmenvertrag in Verhandlung, der u.a. neue Personalschlüssel vorsehe.

Zu Seite 3 erster Satz („Marketingmaßnahmen“):

Frau Akyurt bittet bis zur nächsten HA-Sitzung am 08.11.2016 um eine Aufstellung der Gesamtauslastung aller SIE für die Jahre 2015 und 2016 sowie (prognostisch) für die Jahre 2017 und 2018.

Frau Roggensack sagt dies zu.

Zu Seite 3 „zu f“: „Der Beschlussvorschlag lautete, dass die Ausbildung bedarfsgerecht reduziert werden sollte. Dies kann nur im Hauswirtschaftsbereich umgesetzt werden, da in der Pflege unverändert Fachkräftemangel besteht.“

-Wie viele Personen werden ausgebildet?

-Welcher Bedarf ist für die Jahre 2017 und 2018 zu erwarten?

Auch diese Angaben erbittet Frau Akyurt bis zur HA-Sitzung am 08.11.2016.

Frau Roggensack sagt dies zu.

Auf weitere Nachfrage von Frau Akyurt erklärt Herr Senator Schindler, dass sich die Investitionen im Zusammenhang mit der Substanzerhaltung nicht in der von den SIE zu zahlenden Kostenmiete widerspiegeln; die Zuständigkeit liegt diesbezüglich beim jeweiligen Eigentümer.

Frau Menorca nimmt Bezug auf Seite 4 Ziffer 2 der Vorlage: „Das Planungsergebnis des gemeinnützigen Betriebszweiges „Betreutes Wohnen“ liegt bei rund +T€ 2.“
 Auf Nachfrage von Frau Menorca teilt Frau Roggensack die Anzahl der Betreuten Wohnungen der SIE mit (356 Wohnungen). Zu der Anregung von Frau Menorca, das betreute Wohnen auszubauen, antworten Herr Senator Schindler und Frau Oswald.

Beschlussvorschlag:

Für den Wirtschaftsplan 2017 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

	2017
1. Es betragen	
1.1 im Erfolgsplan	€
die Erträge	24.255.200
die Aufwendungen	26.602.400
der Jahresgewinn	0
der Jahresverlust	-2.347.200
1.2 im Vermögensplan	
die Einzahlungen auf	153.000
die Auszahlungen auf	153.000
2. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen	
und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1 der Gesamtbetrag der	
Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.500.000
3. die Stellenübersicht 2017 (Anlage 8).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2017 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2017 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2017 zugestimmt.

Auf Vorschlag von Frau Akyurt und Frau Menorca nimmt der Ausschuss den Beschlussvorschlag einstimmig ohne Votum zur Kenntnis.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.11.2016
Vorlage: VO/2016/04276**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Mietspiegel 2016

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilte Broschüre.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Das PSG II und PSG III und deren Auswirkungen auf den Bereich 2.500 - Soziale Sicherung

Frau Leu berichtet zum Thema mittels einer PowerPoint-Präsentation; Herr Wulf führt ergänzend aus.

Die entsprechenden Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Menorca bittet zu bedenken, dass die gesetzlichen Neuregelungen Berücksichtigung finden müssen im Konzept „Leben und Wohnen im Alter“.

Herr Petereit erklärt, das PSG müsse in Zusammenhang gesehen werden mit dem Bundes-
teilhabegesetz; er verweist in diesem Zusammenhang auf die Abgrenzungsproblematik Pflege – Eingliederungshilfe.

Es sprechen außerdem Frau Zunft, Frau Bade, Frau Isözen, Frau Roggensack und Herr Senator Schindler.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen/Antworten

Herr Senator Schindler beantwortet eine Frage von Frau Akyurt zur Behandlung der Vorlage „Ausschreibung eines Gutachterauftrags für das Gesundheitsamt“ (VO/2015/03034 und VO/2016/04077) im Hauptausschuss.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 12 Verschiedenes

Herr Senator Schindler erklärt auf Nachfrage von Herrn Thalau, die Nutzung der neu errichteten Gebäude in der Ostseestraße als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge sei auf 10 Jahre begrenzt.

Ob die Gebäude nach Ablauf der 10 Jahre wie im B-Plan vorgesehen genutzt werden („Archive und Bibliotheken“), sei zu gegebener Zeit zu überlegen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 06.12.2016, in der SeniorInneneinrichtung Solmitzstraße statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Ausschusssitzung genehmigt sowie über eine Vorlage beraten wurden.

Lübeck, den 7. Dezember 2016

Andreas Sankewitz

Britta Bormann

Vorsitzende/r

Protokollführung